

mmt
ch.
Ritarbeiter.
im Dezember.
ren in den Ge-
u beden hatten,
ind wieder nor-
fiert, die Sperr-
n den Whangpu
das Leben wie-

Zeitung

Rheider Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Iffelburger Zeitung.

65. Jahrgang
Verlagsgesellschaft Bocholt
Postverlagort: Dortmund.

Volksblatt für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 5

Freitag, den 7. Januar 1938

Jahrgang 1938

Chautemps letzter Versuch.

Ein „neuer sozialer Friedensvertrag“ soll Streikepoch beenden.

Initiative zur Beseitigung der Arbeitskonflikte.

(1) Paris, 6. Januar.
Ministerpräsident Chautemps hat am Donnerstag der Presse folgende Erklärung abgegeben:

„Im Verlaufe der letzten Wochen haben die Arbeitskonflikte wieder eine Heftigkeit angenommen, wie sie seit langem nicht bekannt gewesen sind. Die besondere Lage, die dadurch geschaffen wird, ist aber für den Wohlstand und die Sicherheit Frankreichs gefährlich. Es ist unmöglich, daß diese Konflikte weiter anhalten. Die Regierung wird dies daher auch nicht zulassen.“

Die Berufsverbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer werfen sich gegenseitig die Verantwortung hierfür vor. Auf der einen Seite erklärt man, es handle sich um eine Weigerung, die Schiedssprüche und die Freiheit der Berufsverbände anzuerkennen, auf der anderen Seite behauptet man, daß es sich um eine systematische Beunruhigung und eine Verletzung der bestehenden Gesetze handle. Notwendig aber ist in erster Linie die absolute Wiederherstellung des sozialen Friedens.“

Nach der finanziellen Gesundung ist die Regierung bestrebt, auch an der Gesundung der Wirtschaft und der sozialen Ordnung zu arbeiten. Sie richtet an die Vertreter der Arbeitgeber ebenso wie an die Vertreter der Arbeitnehmer den Appell, sich unter ihrem Schutz noch einmal zusammenzufinden und neue Lösungen zu suchen, die von nun an in jeder Weise gesichert werden sollen.

Die Regierung wird diesen sozialen Friedensvertrag durch das Gesetz betätigen und

ihn dem Parlament zur Billigung vorlegen. Es wird dann aber Pflicht eines jeden Staatsbürgers sein, welcher Ideologie oder welcher sozialen Schicht er auch angehören mag, sich vor der Souveränität dieses Gesetzes zu beugen.

Um dieses notwendige Ergebnis zu erzielen, wird die Regierung nicht zögern, ihre ganze Verantwortlichkeit einzusetzen.“

Ein Transportunternehmen, das seit einigen Tagen bereits von 50 Streikenden in einem Pariser Vorort besetzt gehalten wurde, ist am Donnerstagmittag von der Polizei geräumt worden. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen. Ebenfalls ruhig verlief der Vormittag bei den Goodrich-Werken, obwohl dort unter den Streikenden gegen den Schiedsspruch des Ministerpräsidenten eine erhebliche Mißstimmung herrschte. Chautemps hatte vormittags mit einer Werksabordnung eine längere Besprechung über Streikfragen, zu der auch der Arbeitsminister hinzugezogen wurde.

Die Streikfrage kommt vor den Volksfront-Ausschuß.

(1) Paris, 6. Januar.
Der Schiedsspruch des Ministerpräsidenten Chautemps in der Frage des Streiks bei den Goodrich-Werken wird von den Streikenden als unannehmbar bezeichnet. Am Mittwochabend ist der Verwaltungsrat der pariserischen Gewerkschaft CGT zusammengetreten, um sich mit der Streikfrage und den laufenden Arbeitskonflikten im allgemeinen zu befassen. Der Verwaltungsrat hat beschlossen, die Regierung zu ersuchen, eine außerordentliche Zusammenkunft des Volksfront-Ausschusses einzuberufen. Der Vor-

sitz des Gewerkschaftsverbandes wurde beauftragt, falls sich die Streikfrage nicht ändern sollte, eine Landestagung der Gewerkschaftsvertreter einzuberufen.

Um gegen die Streikbewegung in Montclair bei Lyon und gegen die Nichtdurchführung der Räumung des Fabrikgebäudes von Seiten der Behörden zu protestieren, besetzte der arbeitswillige Teil der Belegschaft am Mittwochnachmittag das Präsidiumsgebäude von Montclair. Der Präsidium wurde jedoch eine Abordnung zu empfangen und ließ das Gebäude durch Polizei und Mobilmacht räumen.

Chautemps als Schiedsrichter.

Er verurteilt den Streik in den Goodrich-Werken.
Der Angestellte, der den Direktor überwach.

(1) Paris, 6. Januar.
Ministerpräsident Chautemps, der nach zwei mißglückten Einigungsversuchen im Streik der Goodrich-Werke zum Schiedsrichter ernannt wurde, hat am Mittwochabend die fristlose Entlassung eines mit der Überwachung der Telefonleitungen beauftragten Angestellten als gerechtfertigt anerkannt und damit, ohne dies besonders zu unterstreichen, den Streik, der wegen dieser Kündigung ausgebrochen war, verurteilt. Die Unternehmung hat nämlich ergeben, daß von unbefangener Seite eine Abklärung an die Telefonleitung des Fabrikdirektors angelassen war, die der entlassene Angestellte gemocht oder ungemocht „überwacht“ hat. Der Ministerpräsident hat beide Parteien aufgefordert, von gegenseitigen Zwangsmahnen abzulassen und die Arbeit so bald wie möglich wieder aufzunehmen.

van Zeeland in London.

Sein großer Weltwirtschaftsplan.

London, 6. Januar.

Der ehemalige belgische Ministerpräsident van Zeeland traf am Donnerstagabend in London ein und begab sich sofort in die belgische Botschaft, wo er während seines Londoner Aufenthaltes Wohnung nimmt.

Zur bevorstehenden Veröffentlichung des Weltwirtschaftsberichts kündigt der diplomatische Korrespondent des „Evening Standard“ in großer Aufmachung an, daß van Zeeland am Freitag Chamberlain einen Plan für einen Wirtschaftspakt zwischen England, den Vereinigten Staaten, Frankreich, Deutschland und Italien vorlegen werde. Der Kernpunkt des van Zeeland'schen Vorschlages sei der, daß die genannten Staaten übereinkommen sollten, ein Abkommen abzuschließen, auf Grund dessen in ihren gegenseitigen Beziehungen alle Währungs- und Handelsbeschränkungen abgehebt werden sollten. Die einzelnen Währungsausgleichsfonds in den einzelnen Staaten sollten abgeschafft und von einem allgemeinen Ausgleichsfonds ersetzt werden, der von der WZB in Basel verwaltet werden würde.

Die Zunahme der Arbeitslosigkeit in England

London, 6. Januar.

Die Zunahme der Zahl der Arbeitslosen in England vom November zum Dezember um über 160 000 findet in der gesamten Morgenpresse starke Beachtung. Die Regierungspresse versucht allerdings diese Entwicklung auf saisonbedingte Einflüsse zurückzuführen und zum Teil auch die ungünstigen Witterungsbedingungen am Stichtage der Erhebung hierfür verantwortlich zu machen. Das macht beispielsweise auch die „Times“, die aber noch hinzufügt, daß zweifellos auch die Weltmarktlage und die Unsicherheit in den Preisbewegungen ihre Rückwirkungen gezeigt hätten. Das Blatt kommt jedoch nicht ohne die Feststellung herum, daß in den letzten beiden Monaten des vergangenen Jahres zusammen die Arbeitslosigkeit in England um die „schreckliche Gesamtzahl“ von 275 000 zugenommen hat.

Das Blatt der Labour-Opposition, der „Daily Herald“, schreibt, die Lage sei sehr ernst, und es wäre ein Betrug an der Nation, diesen Ernst verbergen zu wollen. Das Blatt fragt dann, was zur Verhinderung einer Krise getan werden könnte und fordert, daß der Lohn weiter erhöht und öffentliche Arbeiten in Angriff genommen werden müßten.

Portorico will unabhängig werden.

DNB San Juan (Portorico), 6. Januar.

Die Parteihäupter der Großen Union, der Republikanischen Partei und der Liberalen Partei landeten an den Kongress und das amerikanische Volk eine Bittschrift, Portorico eine Volksabstimmung über die Frage der Unabhängigkeit von den Vereinigten Staaten zu gewähren und die Verwaltungsorgane etwas freier zu gestalten. Es wird u. a. gefordert, daß Portorico das Recht zugesprochen wird, einen eigenen Gouverneur zu wählen. Die Bittschrift beruft sich auf das demokratische Prinzip der Selbstbestimmung.

Die Westmächte als Schützer der rumänischen Juden.

Neue Beschlüsse des Kabinetts Soga.

DNB Bukarest, 6. Januar.

Mittwochabend fand ein Ministerrat statt. Zunächst wurde zur Überprüfung der in jüdischen Händen befindlichen Schankkonzessionen ein Ministerauschuß eingesetzt. Die Entziehung der Schankkonzessionen soll nur im Rahmen der bestehenden Gesetze, namentlich des Gesundheitsgesetzes, erfolgen. Ein zweiter Ausschuß soll Maßnahmen zur Überprüfung der auf betrügerische Weise erworbenen Staatsbürgerrechte ausarbeiten.

Ferner wurde beschlossen in bestimmten Fällen bei nicht rumänischen Wirtschaftsunternehmen Regierungsbeauftragte einzusetzen, und zwar bei solchen Unternehmen, die mit Kapital arbeiten, das keinen Ursprung zwar bei rumänischen Staatsbürgern, aber nicht bei rumänischen Staatsbürgern hat. Eingehend wurde die Verwirklichungsgang der Regierung durchgesprochen. Sie soll sich zunächst auf Summe und Zunder erstrecken. Schließlich leitete der Unterstaatsminister eine von ihm ersuchte Verfügung mit, daß der Unterricht in rumänischer Sprache und Geschichte nur von Rumänen erteilt werde, sowohl in den Staatschulen als auch in den Schulen der Minderheiten.

Die Gründe für den englischen Schritt in Bukarest.

DNB Warschau, 6. Januar.

Die Polnische Telegraphenagentur berichtet über die britisch-französische Intervention in Bukarest zugunsten der 800 000 Juden in Rumänien. Dieser Schritt sei britischerseits auf die Befürchtung zurückzuführen, daß die Auslieferung einer so großen Anzahl von Juden aus Rumänien Großbritannien nötigen würde, seinen bisherigen Standpunkt in der Einwanderungsfrage nach Palästina einer Revision zu unterziehen. Die britische Regierung wolle aber in dem augenblicklichen Übergangsstadium die Palästinafrage durch eine weitere Verzögerung der Einwanderungsfrage und wüßte daher, die bisherigen Einwanderungsbeschränkungen, die für Palästina gelten, aufrechtzuerhalten.

„Dziennik Narodowy“ schreibt, wenn man die Gründe für diese allseitige diplomatische Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines fremden Staates in die normale Sprache übersetzt, dann sei festzustellen, daß England unter dem Mantel der angeblichen Menschenrechte in Wirklichkeit nur seine eigenen Interessen wahrnehme, da es mit den eigenen, in Palästina schon vorhandenen Juden bereits genug Schwierigkeiten habe.

Drohungen in der Pariser Presse.

(1) Paris, 6. Januar.

Verschiedene Pariser Blätter besprechen den englisch-französischen Schritt in Bukarest wegen der angeblichen Nichtbeachtung des Pariser Minderheitenvertrages von 1919 durch die neue rumänische Regierung. „Petit Pa-

risien“ meldet, der englische und der französische Gesandte in Bukarest hätten den rumänischen Außenminister zur Achtung und Einhaltung dieses Vertrages aufgefordert. Die Frage werde auch noch bei dem Geheimen Staatsrat behandelt werden, den in zehn Tagen Eben und Delbos mit dem rumänischen Außenminister in Genf haben werden. Bis dahin werde sich, so meint das Blatt, die rumänische Regierung in weiteren Maßnahmen gegen die jüdische Bevölkerung vielleicht einige Zurückhaltung auflegen. Schließlich spricht „Petit Parisien“ die Hoffnung aus, daß Goga Rumänien keine „Zwangsbürger“ auflegen werde, die, wie der rumänische Staat, noch den Sitten des Landes entsprechen würden.

Das „Deuore“ glaubt zu wissen, daß der französische Gesandte in Bukarest sogar so weit gegangen sein soll, der rumänischen Regierung mit wirtschaftlichen Nachteilen, vor allem hinsichtlich der Waffenlieferungen und des Erdölgeschäftes, zu drohen.

Erstaunte Fragen in Ungarn.

Die unglaublichen Rechtsbrüche 19 Jahre lang
übersehen, aber wegen der Juden Demarche in
Bukarest.

Budapest, 6. Januar.

Zu den lebhaften Erörterungen, die jetzt in der Presse an den Schritt der englischen und französischen Regierung in Bukarest in der „Minderheiten“-Frage geknüpft werden, wird in politischen Kreisen die Frage aufgeworfen, aus welchem Grunde diese beiden Großmächte sich erst jetzt veranlaßt sehen, ihr besonderes Interesse diesem Problem zuzuwenden. Dabei wird unterstrichen, daß bereits seit dem Jahre 1919 für diese beiden führenden Staaten der Genfer Entente hinreichend Veranlassung vorlag, die Lage der Minderheiten in den einzelnen europäischen Ländern einer gründlichen Prüfung zu unterziehen.

Es wird darauf hingewiesen, daß weder die englische noch die französische Regierung es bisher für notwendig sahen, die zahlreichen dringenden Beschwerden der europäischen Minderheiten an Genf, in denen über die unglaublichen Rechtsbrüche und schweren Verletzungen der Minderheiteninteressen Klage erhoben wurde, zu berücksichtigen und eine eingehende internationale Prüfung dieser Beschwerden zuzulassen.

Die amtlichen Mitteilungen der Genfer Entente zeigen vielmehr, daß von der großen Zahl der Minderheitenbeschwerden in den letzten 15 Jahren nur ein verschwindender Bruchteil überhaupt einer sachlichen Prüfung unterzogen wurde und den begründeten Beschwerden der Minderheiten so gut wie nirgends Rätt gegeben wurde.

Es liegt daher die Vermutung nahe, daß es sich bei dem Schritt der englischen und französischen Regierung weniger um ein plötzlich erwachtes allgemeines Interesse für die Minderheiten als um den Einfluß bestimmter internationaler Kreise handelt, die offenbar die rumänische Regierung an der notwendigen Bereinigung des öffentlichen Lebens von dem überwucherten (Fortsetzung auf der 2. Seite.)

„Reformiertes“ Stachanow-System.

Seit drei Monaten trommelt die Presse der Sowjetunion für den sogenannten „Stachanow-Methode“, der nach so vielen Fehlschlägen des Stachanow-Unternehmens-Systems den Nachweis für eine beispiellose Leistungssteigerung der Sowjetindustrie erbringen sollte. Tausende von Fabrikverjammlungen lehnten sich für den „Stalinischen Monat der Stachanow-Methode“ ein, der Rundfunk gab Lebensbeschreibungen führender Stachanow-Arbeiter, und Stalin als eifriger Förderer dieser Methode wurde allenthalben gefeiert.

Um so überraschender wirkt eine amtliche Stellungnahme des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei, die dem Moskauer Parteikomitee verbietet, den „Stalinischen Monat der Stachanow-Methode“ im Januar durchzuführen. Wenn sich die kommunistische Parteileitung jetzt darauf beruft, daß das Moskauer Parteikomitee den Stachanow-Monat „ohne ihr Wissen“ durchführen wollte, so läßt das auf den Instanzenweg der Sowjets interessante Rückschlüsse ziehen. Denn wenn Herr Stalin und seine Kollegen die Zeitungen gelesen hätten und wenn sie sich an ihre eigenen Reden erinnerten, dann müßten sie wissen, daß sie selbst es gewesen sind, die diese Unterberpropaganda in die Sowjetindustrie hineingetragen haben. Am interessantesten ist aber die weitere Begründung dieses amtlichen Verbotes, daß nämlich unter der Stachanow-Methode „etwas ganz anderes“ zu verstehen sei, als was die Moskauer Propaganda darunter versteht. Wenn man unter dem „eigentlichen Stachanow-System“ die mit der massenmäßigen Arbeitsleistung verbundene Qualitätssteigerung der Industrieprodukte versteht, dann wäre allerdings bisher die Stachanow-Propaganda einen falschen Weg gegangen. Denn es ist merkwürdig, daß man bisher von qualitativen Fragen in der industriellen Produktion der Sowjetunion noch nie gesprochen hat, sondern immer nur von der „Norm“ und deren Überbietung.

Die „Norm“ ist jene Arbeitsleistung, die ein befähigter Facharbeiter bei größter Anstrengung gerade noch erreichen kann, um dafür sein kümmerliches Entgelt zu erhalten. Aber mit der „Norm“ waren die Genossen Stalin und Kaganowitsch eben nicht zufrieden. Sie fragten den Genossen Proleten am Schraubstößel, wieviel Prozent er über die Norm arbeite. Der Prozentfuß der bolschewistischen Alfordleistung war schließlich für jeden bolschewistischen Arbeiter das Maßstab für seine Befähigung. Wer die „Norm“ nicht überbot, war kein guter Bolschewist! Das ist das Stachanow-System! Es gibt in den kapitalistischen Ländern der Erde, selbst wenn es Juden sind, die die Industriearbeiter antreiben, keinen Vergleich zu dieser Ausbeutung menschlicher Kraft, wie sie die Sowjets in den letzten Jahren betrieben haben. Denn während bei den anderen die Alfordleistung jedenfalls begabt wird, wird sie in der UdSSR als selbstverständliche Tat der „Befähigung“ angesehen.

Die praktische Auswirkung der Stachanow-Methode ist derart, daß sie zu einem völligen Fiasko in der industriellen Produktion geführt hat. Selbst amtlich haben die Sowjets immer wieder zugestanden, daß in demselben Maße, in dem die quantitative Arbeitsleistung des Stachanow-Arbeiters anstieg, auch der Hunderttag undrauchbarer Produkte anstieg. Die Stachanow-Arbeiter, die ihre Leistungen verloren hätten, wenn sie nicht das massenmäßige Höchstmaß erreicht hätten, hatten natürlich keine Zeit für die Pflege des Maschinenparks und noch viel weniger Interesse für Aussehen und Qualität der von ihnen hergestellten Erzeugnisse. Das hat in einzelnen Werken dazu geführt, daß wochenlang überhaupt nicht gearbeitet werden konnte, weil selbst die besten amerikanischen Maschinen dem Irrsinn der Stachanow-Methode nicht standhielten.

In diesem Zusammenhang ist es bezeichnend, daß dieser Tage auf einer Konferenz der Stachanow-Arbeiter in der Baumwollindustrie Moskaus der Vollkommnist für Leichtindustrie, Schestakow, mit dem auch in dieser Industrie herrschenden Stachanow-System reißlos brach. Einer sowjetamtlichen Mitteilung zufolge nahm die Konferenz eine „Resolution“ an, in der alle Arbeiter, Ingenieure, Techniker und Angestellte der Baumwollindustrie aufgefordert werden, „im Laufe des ganzen Jahres 1938 gleichmäßig, ohne Sprünge und vorübergehendes Sturmtempo, zu arbeiten, damit der Plan der Regierung erfüllt wird und brauchbare Stoffe geliefert werden“. Die Arbeiter, die diese „Resolution“ angenommen haben, heißen nach wie vor „Stachanow-Arbeiter“, und das läßt darauf schließen, daß der Begriff „Stachanow-Methode“ auch aus der bolschewistischen Propaganda nicht verdrängt wird. Tatsächlich geht die Sowjetpresse in ihren Neujahrsartikeln, in denen die Massenbetrübungen des verflossenen Jahres als Marasmus des „Sieges“ der bolschewistischen Partei über die „Troglisten,

Staatsfeinde und Hochverräter" bezeichnet und neue Straftatbestände für 1938 angehängt werden, als Aufgaben des neuen Jahres hervor die Steigerung der Produktion auf dem Gebiete der Schwer- und Rüstungsindustrie hervor sowie die weitere Verfestigung der Roten Armee und die Erhöhung der individuellen Arbeitsleistung durch eine neue, diesmal planmäßige und umfassende Verbreitung des Stachanow-Systems.

Inzwischen leuchtet am blutigen Sowjetstern ein neuer Stern in Gestalt des Stachanow-Arbeiters. Zwan Zwanowitsch Gudow, den man ohne weiteres gegenwärtig neben Stalin als den populärsten Mann in der Sowjetunion bezeichnen kann. Dieser brave Genosse hat es fertiggebracht, 90,50 v. H. über „Norm“ zu leisten. Was bedeutet das? Wenn man annimmt, daß die Norm eine hundertprozentige Arbeitsleistung ist, eine Leistung also, die alle auferlegten Verpflichtungen mit Pünktlichkeit erfüllt, so versteht man, daß Gudow in der Tat ein wahres Wunderkind sein muß, denn er arbeitet ja fast doppelt so viel als der gewöhnliche Arbeiter. (1) Er wird, so meldet die Sowjetpresse, der Stachanow-Bewegung neues Leben einblasen. Zwan steht an einer Fräsmaschine und war so flug, die verschiedenen einzelnen Sandgriffe seines Arbeitsganges von kleinen motorisierten Maschinen betreiben zu lassen, so daß er naturgemäß mehr und alles schneller leisten kann. Jedem Arbeiter innerhalb einer Fabrik seine eigene kleine Fabrik, das ist das Lösungswort dieses blühenden Mähchens, für das sich, wie der Moskauer Sender mitteilt, ganz Rußland augenblicklich begeistert. (2) Dieser Sender brachte es fertig, am 25. Dezember zu behaupten, daß Gudow seit einigen Tagen Weltberühmtheit erlangt habe. Gudow habe erklärt, daß es seine beste Belohnung sei, der Welt gezeigt zu haben, „was ein sowjetischer Arbeiter, der unter der Sowjetmacht aufgewachsen ist, ein Sohn Stalins, zu leisten vermag“. Natürlich wird Gudow bei der Arbeit geliebt. Tausende von Telegrammen erreichen ihn an der Arbeitsstätte.

Unter uns gelangt: man kann ihm noch einige Worte geben. Während er gefeiert wird, werden Tausende der alten Stachanow-Arbeiter, die natürlich „hündische falsche Spione“ sind, in die Gefängnisse manöviert. Über die neue Stachanow-Methode leidet Ihr Schöpfer Gudow nicht gekümmert. Und ein neuer Wahnsinn wird zum Auftrag an Millionen sowjetischer Proleten werden. G.H.C.

Erstaunte Fragen in Ungarn.

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

den und das nationale Leben schwer schädigenden Einfluß des Judentums zu hindern versuchen.

Der englisch-französische Schritt hat im übrigen in der Presse großes Aufsehen erregt und wird naturgemäß von den meisten Blättern an leitender Stelle behandelt. Aus offensichtlichen Gründen stellt die gesamte jüdisch-liberale Presse, die früher für die Lage der Volksgruppen nicht das geringste Interesse zeigte, diese Frage jetzt in den Vordergrund aller Betrachtungen über Rumänien. „Pesti Hírlap“ erinnert, daß die beiden Weltmächte nimmermehr ihr jüdisches Interesse an der Judenfrage aufgeben werden.

Im Gegensatz zu so manchen Behauptungen der liberalen Judenpresse weist der „Kölnische Volksfreund“ darauf hin, daß die Stellung Gogas heute außerordentlich gefährdet ist und daß in Rumänien ein neues Zeitalter heraufbricht. Die bisher führenden Politiker und Wirtschaftler in Bukarest seien ihrer Zeit gänzlich unangepaßt. Die junge rumänische Generation, die durch Energie und Unerschrockenheit gekennzeichnet sei. Die parlamentarische Welt des Nachkriegsrumänien aber trete von der Bühne ab.

„Palästina-Judenproblem sollte England genügen.“

London, 6. Januar.

Die englischen Blätter betonen ganz besonders, daß sowohl der englische wie der französische Gesandte in Bukarest „freundliche Worte“ wegen der Judenangelegenheit des neuen Kabinetts erhoben hätten.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ will wissen, daß die neue rumänische Regierung es darauf absehe, 500.000 Juden aus Rumänien auszuweisen. Gastermann vom „Daily Herald“ hat mit Goga selbst eine Unterredung gehabt. Goga soll danach u. a. gesagt haben: „Wir haben 500.000 jüdische Bürger, die wir nicht als rumänische Staatsbürger führen können. Meine erste Maßnahme wird es sein, zu erklären, daß wir nicht die Verantwortung dafür tragen können, diese Leute in unserem Staatsleben zu behalten.“ „Daily Express“ schreibt, daß England das Problem in Palästina noch nicht gelöst habe. Auf jeden Fall habe England in Palästina ein Judenproblem, das allein schon groß genug sei, um seine Energien zu absorbieren.

Der „Manchester Guardian“ begrüßt mit Genugtuung den Schritt Englands. Man müsse hoffen, daß, wenn diese erste „freundliche“ Erinnerung nicht nützt, England erneut und heftiger protestieren werde. „Vorläufige Hoffnungen“ betonte besonders, daß Genf die Durchführung der Judenverdrängung nicht gesichert habe. Die meisten Blätter verweisen im übrigen auf die Initiative Genfs.

Anerkennung des italienischen Imperiums durch Rumänien.

Rom, 6. Januar.

Einer amtlichen Verlautbarung zufolge hat die rumänische Regierung dem italienischen Gesandten in Bukarest mitgeteilt, daß der rumänische Gesandte in Rom bei seiner Reise zum König von Italien und Kaiser von Äthiopien beglaubigt wird. In italienischen politischen Kreisen betrachte man diesen Befehl als eine Anerkennung de facto des italienischen Imperiums.

Besuch des rumänischen Außenministers in Prag und Belgrad.

DNB Bukarest, 5. Januar.

Außenminister Mitratescu wird, entgegen seinem ursprünglichen Reiseplan, zunächst nach Prag fahren, wo er sich am Sonntag und Montag aufhält. Von dort aus reist er nach Belgrad und Genf.

Artikler in Genf de la Rocque. In einer Anzahl von Verleumdungsprozessen, die Oberst de la Rocque gegen Zeitungen und Zeitungschriften angestrengt hatte, erging jetzt das Urteil. In einer Reihe von Fällen erfolgte Freispruch, in anderen Fällen wurde auf Geldstrafen erkannt.

Hauswirtschaftliche Arbeitspflicht des BDM.

Anordnung des Reichsjugendführers.

DNB Berlin, 6. Januar.

Der Jugendführer des Deutschen Reiches, Baldur von Schirach, erläßt unter dem 5. Januar 1938 in seinem amtlichen Mitteilungsblatt „Das junge Deutschland“ eine Anordnung zur hauswirtschaftlichen Erziehung (Arbeitspflicht des BDM).

Danach gehört es zur Erziehungsaufgabe des BDM, dafür zu sorgen, daß jedes Mädchen bereits im Alter seiner BDM-Zeit die selbstverständlichen Kenntnisse, die zu einer hauswirtschaftlichen Führung notwendig sind, erwirbt. Daneben muß erreicht werden, daß die weibliche Jugend in erster Linie die Berufe ergreift, die ihrer Art am meisten entsprechen, um den außerordentlich großen Nachwuchsmangel in hauswirtschaftlichen, sozialen und pädagogischen Berufen auszugleichen.

Um eine generelle hauswirtschaftliche Erziehung zu ermöglichen und um eine Vorbildung für die

sozialen und pädagogischen Berufe zu schaffen, wird es jedem Mitglied des BDM zur Pflicht gemacht, im Alter von 14 bis 21 Jahren hauswirtschaftliche Arbeit zu leisten.

Mit der Durchführung der Verordnung zur hauswirtschaftlichen Erziehung und der hauswirtschaftlichen Arbeitspflicht wird die Obergruppenführerin Gertrud Kunze-mann beauftragt. Zu dieser Anordnung erließ das soziale Amt der Reichsjugendführung bereits die Durchführungsbestimmungen, in denen darauf hingewiesen wird, daß die hauswirtschaftliche Erziehung der weiblichen Jugend ebenso wie die gesamte Erziehung der Hitler-Jugend zwar auf dem Grundgedanken der Freiwilligkeit beruht, mit der Zugehörigkeit zum BDM jedoch zur Pflicht wird.

Auf die hauswirtschaftliche Erziehung wird die Teilnahme am Landjahr und am Arbeitsdienst für die weibliche Jugend angerechnet. Jede berufsmäßige hauswirtschaftliche oder landwirtschaftliche, soziale, pädagogische oder erzieherische Tätigkeit befreit ebenfalls von der hauswirtschaftlichen Arbeitspflicht.

Die Jugend schlägt Brücken zwischen den Völkern.

Baldur von Schirach begrüßt die französischen und belgischen Teilnehmer der HJ-Gemeinschaftslager.

Grundlagen für ein glücklicheres und friedlicheres Europa.

München, 6. Januar.

Zehn Tage früher Kameradschaft hat eine Abordnung der französischen und belgischen Jugend zusammen mit deutschen Hitlerjugenden im HJ-Lager Alpe bei Sontheim bezug auf dem Bodenscheid-Haus verbracht. Zum Abschluß dieser beiden Gemeinschaftslager hatte der Jugendführer des Deutschen Reiches, Baldur von Schirach, die Teilnehmer an dem Gemeinschaftslager am Donnerstagmittag in das Hotel „Hofbräuhaus“ in München geladen.

Mit herzlichen Worten begrüßte Baldur von Schirach zunächst die französischen Kameraden in der Hauptstadt der Bewegung. Die Kameraden hätten wohl alle, so führte Baldur von Schirach aus, den Eindruck gewonnen, daß die deutsche Jugend ihren Verdrängungswillen weniger durch Erklärungen, Artikel und Reden zum Ausdruck bringen wolle, als vielmehr durch praktische Demonstrationen. Eine dieser praktischen Demonstrationen ist jenes schöne Lager, das nun seinen Abschluß findet und das allen, wie er hoffe, in angenehmer Erinnerung bleiben werde. So, wie hier in diesem kleinen Kreis, würden sich im Laufe des Jahres 1938 Tausende und Abertausende Jugendlicher der europäischen Nationen zusammenfinden auf dem Boden des Deutschen Reiches, um gemeinsam mit der Hitlerjugend die Grundlagen für ein glücklicheres und friedlicheres Europa. In Deutschland treue man sich, im kommenden Sommer 1939 französische Jugendliche in Deutschland begrüßen zu können. Dieser großen Abordnung des französischen Volkes wolle man zeigen,

mit welcher Freude und Begeisterung die Jugend des Deutschen Reiches die Verständigung der jungen Generation Frankreichs und Deutschlands begrüße.

Der Reichsjugendführer wandte sich dann an die belgischen Kameraden und sprach dabei den Wunsch aus, im kommenden Sommer auch eine Abordnung der belgischen Jugend in Deutschland begrüßen zu können.

Vertreter der französischen und der belgischen Jugend dankten dem Reichsjugendführer mit herzlichsten Worten und stellten mit besonderer Begeisterung fest, daß sich schon nach ganz kurzer Zeit in den Lagern eine innige und herzliche Freundschaft herausgebildet habe.

Gemeinschaftlich gesungene Lieder, die man im Lager voneinander gelernt hatte, waren ein schöner Beweis für das kameradschaftliche Zusammenleben der Jugend verschiedener Nationen in den HJ-Gemeinschaftslagern.

Rudolf Heß im deutsch-englischen Jugendlager.

DNB München, 6. Januar.

Zur großen Freude der englischen und deutschen Teilnehmer des deutsch-englischen Jugendlagers stattete, wie die HSK meldet, der Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, Donnerstag nachmittag unerwartet der Kaserne bei Berchtesgaden einen Besuch ab. Nach kurzer Begrüßung erlangten englische und deutsche Lieder von den Teilnehmern, die sich der Stellvertreter des Führers von dem Lagerführer Benemann von der Reichsjugendführung vorstellten. Über eine Stunde wies Rudolf Heß in lebhafter Aussprache im Kreise der deutsch-englischen Kameradschaft.

„Die geistigen Soldaten der spanischen Kultur“.

Vereidigung der Mitglieder des „Spanischen Instituts“.

DNB Salamanca, 6. Januar.

Im Festsaal der Universität fand am Donnerstag die feierliche Vereidigung der Mitglieder des „Spanischen Instituts“ statt. Unter dem Vorsitz des Präsidenten des spanischen Staatsauswärtigen, General Jordana, als Vertreter des Staatschefs, und dem Beisein von dessen Bruder Nicolas Franco sowie der Spitzen der zivilen und militärischen Behörden, des deutschen und italienischen Botschafters, der Vertreter Japans, Englands, Guatemalas und Salvadors, leisteten die Mitglieder der Akademie den Treueid auf den neuen nationalen Staat Spanien und seinen Führer.

Der Beauftragte für die nationale Erziehung, Rodolfo Guez, kennzeichnete die Aufgaben des Instituts für die spanische Geisteswelt für Kunst und Wissenschaft und wies darauf hin, daß die bolschewistische Regierung die Akademiker aufstehe und ihre Mitglieder den Verfolgungen der bolschewistischen Mächte aussetzen.

General Jordana nannte die Mitglieder des „Spanischen Instituts“ die geistigen Soldaten, denen die Aufgabe zufalle, die spanische Kultur von neuem aufzubauen. General Franco vertraue fest darauf, daß sie ihr großes Wissen und ihre Talente ausschließlich in den Dienst des Vaterlandes stellen werden. Sie dankten diese Aufgabe der stolzen Armee, deren Kampf auch den geistigen Soldaten stets ein Beispiel sein müsse. Das Institut solle der Agitation der bolschewistischen Horden, die alle nationalen Kunstschätze brandstifteten, zunichte machen und die Welt darüber aufklären, daß das nationale Spanien alle Opfer im Dienste der Zivilisation und des Friedens bringe.

Der Kampf um Ternel.

Die nationale Eintreffungsbewegung.

DNB Sevilla, 6. Januar.

General Queipo de Llano stellte in einer Unterredung im Zusammenhang mit der Unruhe, die infolge der bolschewistischen Eingriffe besonders im Ausland über das Schicksal Ternels herrsche, fest, daß ein Teil der Stadt Ternel herrenlos sei, während im anderen Teil der Stadt sich noch einige bolschewistische Widerstandskräfte befänden. Wegen der geographischen Lage und wegen der Enge der Straßen seien die Kämpfe im Zentrum der Stadt außerordentlich schwierig. Im übrigen entscheide sich das Schicksal nicht im Stadtkern, sondern auf den Ternel umgebenen Schlachtfeldern. Hier gewannen die nationalen Truppen ständig an Boden. Die Lage der Bolschewisten in der Stadt werde durch die Eintreffungsbewegung der außerhalb der Stadt operierenden nationalen Truppen täglich kritischer.

Im Herbesitzbericht steht es, daß die nationalen Truppen an der Ternel-Front ihre Operationen erfolgreich fortgesetzt und den feindlichen Widerstand gebrochen

eine Reihe von Verbrechen verübt hat, aufgetaucht. Die polnische Polizei habe aber den üblichen Verbrechen schweigend über die Grenze nach Rumänien ab.

Wie die polnische Presse jetzt berichtet, hat Sygowski in Barcelona offene Arme gefunden, nachdem er vorher vergeblich in Rumänien, Frankreich und dann in Andorra versucht hatte, das Niederlassungsrecht zu erhalten. Überall hatte man ihn aber ebenso schnell wieder über die Grenze befördert.

Tarifordnung für Schriftleiter in Zeitungen.

Berlin, 6. Januar.

Vom Sonderbeauftragten der Arbeit, Regierungspräsident Käßler, ist eine „Tarifordnung für die in Zeitungsverlagen beschäftigten Schriftleiter“ erlassen worden. Ihre Einteilung belag folgendes: „Die Haltung der deutschen Presse im Dritten Reich wird durch das nationalsozialistische Programm bestimmt. Die öffentlichen Aufgaben, die der Presse im nationalsozialistischen Staat gestellt sind, und die Erfordernisse nationalsozialistischer Betriebsgemeinschaft verpflichten Verleger und Schriftleiter zu vertrauensvoller Zusammenarbeit.“

Die Tarifordnung gilt im Deutschen Reich für Schriftleiter, die von Verlegern der im Reichsverband der deutschen Zeitungsverleger eingetragenen Zeitungen hauptberuflich und fest angestellt sind. Sie gilt auch für Schriftleiter, die im Ausland tätig sind, wenn die Dienste für inländische Verlage geleistet werden. Die Tarifordnung gilt nicht für Schriftleiter in der Ausbildung, für Pressistenographen und für technische Hilfskräfte.

Für den Abschluß des Anstellungsvertrages des Schriftleiters gilt § 17 des Schriftleitergesetzes, auf das die Tarifordnung an den geeigneten Stellen Bezug nimmt. Der Schriftleiter muß ein festes Gehalt bekommen. Er hat Anspruch auf den Urlaub notwendiger Dienstaufgaben. Im Falle des Todes eines Schriftleiters hat der Verleger an die hinterbliebenen Unterhaltsberechtigten das Gehalt für den Sterbemonat und mindestens drei weitere Monate zu zahlen. Der Schriftleiter hat nach einer Betriebszugehörigkeit von sechs Monaten Anspruch auf Urlaub. Dieser beträgt mindestens im ersten Jahr der Betriebszugehörigkeit zwei Wochen, im zweiten und dritten Jahr drei Wochen, nach dreijähriger Betriebszugehörigkeit vier Wochen. Der Schriftleiter hat Anspruch auf eine ununterbrochene Ruhezeit von 24 Stunden in der Woche. Die Ruhezeit beträgt mindestens sechs Wochen zum Ende eines Kalendervierteljahres. Nach Ablauf von drei Kalendervierteljahren beträgt sie mindestens drei Monate, nach Ablauf von zehn Kalendervierteljahren mindestens sechs Monate zum Ende eines Kalendervierteljahres.

Von besonderer Bedeutung ist aber vor allem, daß nunmehr die bisher durch obligatorische Privatvereinbarung, mit beiderseitigem Recht der Abdingbarkeit, vorgegebene Altersversorgung zu einer gesetzlichen Pflicht gemacht wird. Schriftleiter, die das 25. Lebensjahr vollendet haben und die nach Beendigung der Ausbildungszeit ein Jahr als Schriftleiter tätig gewesen sind, sind verpflichtet, sich durch die Verordnungsanstalt der Deutschen Presse G. m. b. H. versichern zu lassen. Der Verleger, der fünf Prozent des jeweiligen Monatsgehalts des Schriftleiters als Prämienanteil leisten muß, ist Versicherungsnehmer, der Schriftleiter unwiderruflich begünstigter Versicherter.

Wer will Offizier im Heere werden?

Bewerbungsgesuche für Herbst 1939 schon jetzt.

DNB Berlin, 6. Januar.

Das Oberkommando des Heeres macht nochmals auf folgende aufmerksam: Die Schüler von Volkshochschulen, die im Frühjahr 1939 die Reifeprüfung ablegen und den Offiziersberuf im Heere ergreifen wollen, müssen das Bewerbungsgesuch um Einstellung als Fahnenjunker im Herbst 1939 bereits jetzt — und zwar in der Zeit vom 1. Januar bis 31. März — einreichen. Im eigenen Interesse der Bewerber liegt es, wenn sie das Gesuch möglichst bald einreichen. Alle Einzelheiten, die bei der Bewerbung zu beachten sind, sind aus Merkblättern ersichtlich, die bei allen Truppenteilen und Wehrjahrsstellen zu haben sind.

Begnadigung durch den Führer.

DNB Berlin, 6. Januar.

Der Führer und Reichkanzler hat den durch das Schwurgericht in Breslau wegen Ermordung des Oberlandjägers Günther zum Tode verurteilten Wilhelm Wache zu einer 15jährigen Zuchthausstrafe begnadigt. Der Mord, der bereits im März 1924 verübt worden ist, konnte erst in letzter Zeit aufgefährt werden. Wache, der jetzt Familienvater mit zwei Kindern ist, hat nach dem Mord ein ordentliches Leben geführt.

Vereisung der Wejer und des Mittellandkanals.

DNB Minden, 6. Januar.

Wegen zunehmender Vereisung ist die Schifffahrt auf der Ober- und Mittellandkanal sowie im Mittellandkanal eingestellt worden. Der Verkehr auf dem Dortmund-Ems-Kanal zwischen Münster und Bielefeld bleibt vorläufig bestehen.

Auf dem Balkan hält die Kälte an.

DNB Bukarest, 6. Januar.

Die strenge Kälte in Rumänien hält an. In Bukarest wurden heute nacht 16 Grad gemessen, in Jassy 25 und weiter nördlich sogar 30 Grad. Die im Donaudelta auf einer Insel gelegene Stadt Vacooc ist seit vier Tagen von der Außenwelt abgeschnitten. Auch die starken Schneefälle wollen nicht nachlassen. Bukarest hat jetzt 1917 den schneereichsten Winter.

In ganz Jugoslawien herrscht ungewöhnliche Kälte. So ist die Adria-Bucht an den sogenannten sieben Kapellen bei Split mit einer über 2 cm dicken Eisschicht bedeckt. In Belgrad wurden 20 Grad unter Null gemessen.

Haftlose Beschuldigungen.

DNB Washington, 6. Januar.

Die amtliche Unterredung der besonders von jüdischer Seite gegen den Amerika-Deutschen Volksbund immer wieder erhobenen Beschuldigung einer ungesetzmäßigen Betätigung ist nach fünfmonatiger Dauer nunmehr abgeschlossen worden. In fünfmonatiger Cummings teilte amerikanischen Pressevertretern mit, daß der Chef der Bundesforschungsbehörde, Edgar Hoover, in seinem elf Bände umfassenden Bericht keine gerichteten Maßnahmen gegen den Volksbund empfand. Die Unterredung wurde damals auf Eruchen des demokratischen Abgeordneten Zitron durchgeleitet und erstreckte sich auf alle Landesteile. Zitron hatte, wie erinnerlich, behauptet, daß die Juden der vom Volksbund errichteten und der Freizeitschule seiner Mitglieder dienenden Lager, in geschlossener Weise für nationalsozialistische Ausbildungszwecke benutzt würden.

Gegen den roten Schnacher mit spanischen Naturschützen.

DNB San Sebastian, 6. Januar.

Die nationalspanische Presse veröffentlicht eine Note aus Salamanca, in der auf die Verurteilung der bolschewistischen Mächte in Barcelona Bezug genommen wird, nach der Verbrennung von Banken und Privatbauten namentlich auch die Naturschütze Spaniens verurteilt zu werden. Es wird betont, daß diese unentschuldbare Handlungsweise die Verfassung von 1931, auf die die roten sich oftmals berufen hätten, verleihe, die das ausdrückliche Verbot enthalte, Teile nationalen Bodens sowie staatliche Kunstschätze zu zerstören. Die Nationalregierung mache die Öffentlichkeit darauf aufmerksam, daß sie in keinem Fall Kaufverträge, Konzessionen, Schenkungen an Kunstgegenstände oder die aus solchen Kontrollen oder Paten entstehenden Verpflichtungen anerkennen werde.

Der „Adjutant des Gangsterkönigs“ in Kotschanien.

DNB Warschau, 6. Januar.

Vor einigen Monaten war in Warschau der Jude Sygowski, der als „Ridd Tiger“ in der nordamerikanischen Unterwelt zeitweise als „Adjutant Al Capones“

Beilage

Straßen

Hannover
Spurminen.
Wesfale
wird geteilt.
Niederz
eis, Berch
Oberze
teilweise
Bergisch
freut.

Sauerlan
land: Teil
taumende
Schnee
rinnen ersch
Schneede
Fagen-Wim
Mosei un
Bernstafel
Trier Glatte
Eifel: F
rinnen ersch
weise besch
Warnum

Die Justiz
gerichts
für die Na
lonen: Dr.
Bongard, Diet
Bodum. Gegen
Verdachts
beim Reichsju
Co der Ver
eröffnende
teidigung
wider Rech
gelesen wor
rens auf je
Verhaftung
der Bildung
lage einbe
geklagten
sondern es
Angelegen
Unrecht ge
tun beizub
warnt. Gegen
richte wird
Mit einem

Vor dem Sa
her hatte
hard Ra. aus
flage verur
Angeklagte
den als lein
artigen We
derartigen
Lunge ver
verleitet
Gildschaff
Verleite mit

Als der Nor
klagen die
ob er sich
nicht mehr
ab er tat
habe oder
erhöhen ha
herumgefu
verleihen
durch die
Brust ange
Diese Darst
der Beweis
Danach war
mer trat, in
Anwaltsbeim
Sta. einka
haben: Du
Worte: „Du
Zeugen ge
nehmen, so
betroffenden

Die Worte, i
den ihre Er
lage vor der
lebe in erheb
bittere Stunde
vor mehr als
tern akkrit
zusammen, mit
er sich lein
Seite. Er vert
arbeiten mü
er in früheren
geschlagen
Che des Ra.
miliana. Als
brachte Ra. aus
Wandur, die
ihm vorjucht
aufhin soll
ben. Ra. ha
jenem Sonnt
Straße, und Ra.
auf sich, so
in ihm die
geantwortet
schuldig!

Diese nicht
an, sind die
12. Septemb
Wirtschaft
Wirtschaft. A
ging am Sinter
die Tat. Das
flage an die
tun für er
deshalb zu
Jahren we
So hoch

Menschen
peinigen und
weiß. Davon
Straftammer
Wegen eines
zwei Nachbarn
gere Feindsch
von seinem
immer neue
felder des

So hoch
Menschen
peinigen und
weiß. Davon
Straftammer
Wegen eines
zwei Nachbarn
gere Feindsch
von seinem
immer neue
felder des